

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 64 (1985)  
**Heft:** 11

**Vorwort:** Das Jahrzehnt der Frau geht zu Ende : ausser Spesen nichts gewesen?  
**Autor:** Karlsson, Irmtraud

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ausser Spesen nichts gewesen?

Von Irmtraud Karlsson, Wien

In Nairobi fand mit der UNO-Weltfrauenkonferenz und dem «Forum 85», der Veranstaltung der nichtstaatlichen Organisationen, das Jahrzehnt der Frau seinen Abschluss. Österreich war bei der UNO-Konferenz mit einer kleinen Delegation mit Staatssekretär Johanna Dohnal an der Spitze vertreten. Sie wurde zu einer der sechs Vizepräsidentinnen der Konferenz gewählt. Leider war die Konferenz von der Auseinandersetzung der Grossmächte überschattet. Dennoch konnten wichtige Probleme angegangen und in die Strategien bis zum Jahr 2000 einbezogen werden. Das betraf vor allem die bessere Vertretung der Frauen in den Entscheidungsgremien, die Aufhebung der wirtschaftlichen Schlechterstellung der Frau und die gleichgewichtigere Verteilung der Verantwortung über Haushalt und Kinder zwischen Mann und Frau.

Obwohl von den Medien eher ignoriert, hatte auch das «Forum 85» einen bedeutenden Stellenwert.

3000 Frauen wurden erwartet, über 10 000 sind gekommen, darunter auch viele Frauen aus Kenia, die sich auch auf eigene Kosten auf den Weg gemacht haben, um an dieser grossen Veranstaltung teilzunehmen.

Über 100 Arbeitsgruppen diskutierten täglich auch jene Probleme, die die offizielle Regierungskonferenz zu sprengen drohten. Hier wurden sie jedoch im Klima gegenseitigen Respekts diskutiert, waren es ja Frauenvertreterinnen, die diskutierten, und nicht deren Hintermänner.

Ebenfalls wurden zahllose Frauenprojekte vorgestellt, und eine eigene Ausstellung über angemessene Technologien für Frauen war erstmals nicht von Europäern oder Nordamerikanern dominiert, es stellten Frauen aus den Entwicklungsländern ihre Erfindungen zur besseren Gestaltung ihrer Arbeit vor.

Die Ignorierung des «Forums 85» war um so bedauerlicher, als dort Beispiele und Ansätze für eine Entwicklungsstrategie von unten erörtert wurden. Kleine überschaubare Projekte haben auch ökonomisch einen Sinn. Wenn eines schieft, ist nicht viel verloren. Wenn jedoch ein grossangelegtes, abstrakt geplantes Regierungsprogramm schieft, geht der Schaden in die Millionen.

Der Regierung in Kenia war diese spontane Veranstaltung ebenfalls unheimlich. So wurden die Teilnehmerinnen am Forum aus den vorbestellten Hotels in ein 20 Kilometer entferntes Universitätsgelände ausgesiedelt, der für die Eröffnung vorgesehene Präsident Kenias liess sich vertreten.

Die blasierte Einstellung in der Einschätzung des Jahrzehnts der Frau – «Na ja, ausser Spesen nichts gewesen» – hat leider viel Positives verdeckt.

Ein weiterer Vorwurf gegen das Jahrzehnt der Frau bestand darin, den Frauen vorzuwerfen, dass die Masse der Frauen vom Jahrzehnt der Frau nichts gehabt hätte.

● 2000 Jahre Unterdrückung der Frau. – Was? Das habt ihr in zehn Jahren nicht verändert.

● 2000 Jahre Benachteiligung in der industriellen Arbeitswelt. – Was? Das habt ihr in den zehn Jahren nicht aufgehoben.

● Hunderte Jahre sexuelle Verstümmelung von Frauen, Brautkauf und so weiter. – Was? Das habt ihr in zehn Jahren nicht zum Verschwinden gebracht.

Fest steht, dass auf dem gesetzlichen Gebiet der Gleichheit der Frau fast überall ungeheure Fortschritte gemacht wurden. Dem Vorwurf, dass hier nur die gebildeten und die bessergestellten Frauen in den Industrieländern etwas davon haben, muss man entgegenhalten: Jede Bewegung von Unterdrückten hat zuerst für die weniger Benachteiligten in dieser Gruppe etwas gebracht.

Fest steht nämlich auch, dass das Jahrzehnt der Frau dazu geführt hat, dass die Probleme, die die Masse der Frauen betreffen, aufgezeigt wurden. Die Amerikanerinnen, die gern prägnante Abkürzungen erfinden, nennen dies «Kampf gegen VIPS». Das heisst nicht nur Very Important Persons, sondern ist auch die Abkürzung für Violence – Gewalt

Ignorance – Unwissenheit

Poverty – Armut

Subordination – Unterordnung.

Gewalt gegen Frauen: Gegeben hat es sie schon lange, aber wer hat vor dem Jahrzehnt der Frau davon gesprochen, geschweige denn, etwas dagegen getan? Zu diesem Komplex gehört auch die sexuelle Verstümmelung von Frauen, gegen die erstmals auch von den Betroffenen Widerstand organisiert wird.

Unwissenheit: Der traditionelle Massstab für Unwissenheit war die Rate der Analphabeten. Mädchen und Frauen hatten immer eine höhere Analphabetenrate als Männer. Im Jahrzehnt der Frau wurde erforscht, warum das so ist. Eine Studie der UNESCO ergab, dass die Mädchen deshalb nicht in die Schule gehen, weil sie in der Hausarbeit und bei der Beaufsichtigung kleiner Geschwister gebraucht werden. Darüber hinaus vergessen wir in den industrialisierten Ländern nur allzu leicht, dass in den Entwicklungsländern der Schulbesuch Geld kostet, dass Schuluniformen, Bücher und Schulmaterial gekauft werden müssen. Da ist für Mädchen oft kein Geld da. Bei den erwachsenen Frauen hat sich herausgestellt, dass sie oft deshalb nicht an Kursen teilnehmen, weil ihnen diese unangemessen erscheinen. Männliche Bildungsplaner meinten nämlich, bei Kursen für Frauen an deren traditionellem Wirkungsfeld anknüpfen zu müssen - Hauswirtschaft und Kindererziehung. Die Frauen meinen jedoch, dass sie dies, auch ohne lesen zu können, gut gemacht haben. Sie erwarten sich von der Alphabetisierung bessere Berufschancen und Einkommensmöglichkeiten. Bei Programmen in dieser Hinsicht bleiben die Frauen trotz enormer Schwierigkeiten dabei. Vor dem Jahrzehnt der Frau hätten derartige Überlegungen keine Chance gehabt.

Armut: Im Jahrzehnt der Frau wurde erstmals durch Studien nachgewiesen, dass arm nicht gleich arm ist, sondern dass es zu einer Feminisierung der Armut kommt. In den Industrieländern sind es vor allem alleinerziehende Mütter und alleinstehende ältere Frauen ohne angemessene Altersversorgung, die unter die Armutsgrenze rutschen. Besonders in jenen Industrieländern, in denen Sozial-

programme gekürzt wurden, ist dieser Prozess im Vormarsch. In den Entwicklungsländern hat die ökonomische Krise die Frauen am meisten getroffen. In den ländlichen Gebieten führten verfehlte Entwicklungsprogramme, die vor allem auf verkaufbare Nahrungsmittel ausgerichtet waren, zur Vernachlässigung des Anbaues zur Versorgung der Familie. Die Männer verliessen dann meistens die Dörfer, um in den Städten Arbeit zu suchen. Die Frauen sind auf ihren Minifarmen der Unterernährung und dem Hunger ausgesetzt. Folgten sie den Männern in die Städte, waren sie wiederum am meisten von schlechten Wohnverhältnissen und fehlenden Sanitäranlagen getroffen.

Unterordnung: Frauen haben keinen Anteil an den Entscheidungsstrukturen. Es wird über ihr Leben bestimmt, und sie müssen sich unterordnen. Werden soziale Einrichtungen gestrichen, müssen Frauen dies auffangen. Werden Kriege geführt, müssen Frauen sie erleiden. Zwei Drittel der Flüchtlinge der Welt sind Frauen und Kinder.

Was tun?

In den Entwicklungsländern wurde mir von Frauen oft gesagt, dass wir am besten helfen können, wenn wir unser eigenes Haus in Ordnung halten. Was in Österreich geschehen ist, wurde im Frauenbericht der Bundesregierung und in einem Faltprospekt des Bundesfrauenkomitees der SPÖ aufgezeigt. Wir müssen aber unser Haus in Ordnung halten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Unterdrückung der Frauen in den Entwicklungsländern von unseren Ländern aus organisiert wird. Wir können beispielsweise nicht die Prostitution beklagen und gleichzeitig nichts gegen den Sextourismus unternehmen. Wir können uns nicht

### Solidarität mit Chilenen

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz solidarisiert sich mit den chilenischen Asylanten, die in Zürich-Seebach Kirchenasyl gefunden haben und gegen den Ausschaffungsbefehl der schweizerischen Behörden protestieren. Sie appelliert an den Bundesrat und an die Zürcher Regierung, keine abgewiesenen Asylanten unter die Militärdiktatur von General Pinochet zurückzuschicken. Seit dem Militärputsch gegen die demokratisch gewählte Regierung des Sozialisten Salvador Allende werden in Chile fortschrittliche Frauen und Männer unrechtmässig verhaftet, gefoltert und in Konzentrationslager gesteckt. Solches droht auch den abgewiesenen Asylanten.

Die SPS unterstützt das heutige Asylgesetz und lehnt deshalb Rückweisungen in die Heimatländer nicht grundsätzlich ab. In diesem konkreten Fall aber ist die Rückschaffung aus einem weiteren Grund unmenschlich: Die betroffenen Chileninnen und Chilenen haben sich mit ihren Familien während der langen Zeit, die zur Behandlung ihrer Asylgesuche gebraucht wurde, völlig integriert. Sie sollen jetzt wieder aus ihren neugeschaffenen Lebensverhältnissen herausgerissen werden. Wir fordern daher den Regierungsrat des Kantons Zürich auf, all diesen Chilenen eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung zu geben.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

über Klitorisbeschneidungen entrüsten, wenn in Kliniken in London, Paris und Stockholm

derartige Operationen durchgeführt werden.

Das Jahrzehnt der Frau hat für bestimmte Frauengruppen unzweifelhaft Fortschritte gebracht. Es entstand ein Netzwerk für Solidarität und gegen-

seitige Unterstützung. Aufgepasst werden muss jetzt, dass dieses Netzwerk nicht nur dem besseren Management der Probleme der Frauen untereinander dient, sondern auch der Durchsetzung von Fraueninter-

essen in Entscheidungsstrukturen.

Das Jahrzehnt der Frau hat gezeigt, wo wir stehen. Die Haltung «Ausser Spesen nichts gewesen» ist falsch und zynisch.

*Die Revision des Aktienrechtes im Nationalrat*

# Lehrstück über die Schweiz als AG

*Von Helmut Hubacher, Präsident SPS*

## I

Das gäbe ein Stück für Friedrich Dürrenmatt, der kürzlich meinte: «Ich halte die Schweiz für eine gute Erfindung. Darum protestiere ich um so heftiger, je blödsinniger mit dieser Erfindung umgesprungen wird. Wenn versucht wird, diesen Oldtimer einzumotten, vor neuen Ideen abzuschirmen.»

Ich berichte über die Aktienrechtsrevision im Nationalrat, Herbstsession 1985. Sie ist nach dem von Friedrich Dürrenmatt geschilderten Schema abgelaufen. Das bestehende Gesetz von 1936 wurde nicht revidiert, wurde nicht modernisiert, sondern wurde eingemottet. Neue Ideen prallten an der soliden Mehrheit der drei bürgerlichen Bundesratsparteien FDP, CVP und SVP mit geringen Ausnahmen ab. Die Revision entartete zum Tun als ob, zum Treten an Ort. Dahinter steckt nicht politische Unfähigkeit, sondern die klare Absicht der bürgerlichen Mehrheit, bestehende Privilegien und Machtstrukturen abzusegnen, sie sozusagen neogezwungen zu legitimieren. Zu diesem Zweck wird eine Revision zwar akzeptiert, effektiv aber zur kosmetischen Augenwischerei degradiert. Das Ganze endete wie gehabt. Doch, erzählen wir der Reihe nach.

## II

Die Idee, das Aktienrecht zu revidieren, liegt zwanzig Jahre zurück. Einsichtige Kreise müssen schon damals gefunden haben, das geltende Gesetz sei überholungsbedürftig. Was auch stimmt. Denn für die kleine Velo AG gelten die genau gleichen Richtlinien wie für den grossen Multi-Konzern. Die Vorstellung, das Aktienrecht gelte für Klein- und Grossfirmen gleichermassen, enthält auf den ersten Blick viel Demokratisches. Bei näherer Betrachtung überwiegt der Schein vor dem Sein.

Es gibt in der Schweiz rund 120 000 Aktiengesellschaften. Fast die Hälfte, genau 48,5 Prozent, sind kleine mit dem vorgeschriebenen Mindestkapital von 50 000 Franken. Zusammen vereinigen sie nur ein Aktienkapital von rund 2,75 Milliarden Franken oder 3,8 Prozent des gesamten Nominalkapitals aller Aktiengesellschaften. Nur 5 Prozent der Aktiengesellschaften haben ein Aktienkapital von einer Million und mehr Franken, repräsentieren jedoch ein Kapital von rund 57 Milliarden Franken oder 78 Prozent des gesamtschweizerischen Aktienkapitals. Ein zweites Beispiel: Nur 276 Aktiengesellschaften weisen

mehr als 500 Beschäftigte auf. Total arbeiten bei den 276 Firmen 420 000 oder 34 Prozent der in allen Aktiengesellschaften tätigen Personen.

Diese Angaben aus der Botschaft des Bundesrates bestätigen die enorme Konzentration in der Wirtschaft. Und weil nun einmal Einfluss, Macht und Geschäftspraxis eines Multi-Konzerns völlig anders gelagert sind als bei der kleinen Velo AG, genügt das heutige Aktienrecht den Anforderungen des real existierenden Kapitalismus nicht mehr.

## III

Unter dem Präsidium von SP-Bundesrichter H. Tschopp ging vor zwanzig Jahren die Expertenkommission I an die Revisionsarbeit. Diese Experten waren sich in einem Punkte einig: Das bestehende Aktienrecht muss von Grund auf modernisiert und zeitgemässer gestaltet werden. Bemerkt sei noch, dass diese Expertenkommission trotz ihres SP-Präsidenten «natürlich mehrheitlich bürgerlich» zusammengesetzt war. Nun haben Experten vielfach die unangenehme Eigenart, Unbequemes, aber Nötiges vorzuschlagen. Diesem für bürgerliche Politiker unheimlichen Drang verfiel auch die Expertenkommission